54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 572

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Donnerstag, 3. Dezember 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Kammersieg Briands.

Das Finanzgesetz angenommen.

Mit 257 gegen 229 Stimmen. — Eine dreizehnstündige Nachtsitzung. — Rededuell Briand—Loucheur—Bokanowski.

Telegramm unseres Korrespondenten

L Paris, 3. Dezember.

Die zweite Sitzung der Kammer begann gestern abend nicht, wie angekündigt war, um 9 Uhr, sondern erst kurz vor 11 Uhr. Es wurde bereits in der Nacht bekannt, daß der Finanzausschuß den Vorschlag mit einigen Aenderungen angenommen hat. Die Debatte, die dann folgte, war zum Teil sehr lebhaft; sie ist bis jetzt, um ½8 Uhr früh, noch nicht beendet. Die Situation der Regierung ist im Laufe der Debatte etwas besser geworden. Nachdem Briand die Vertrauensfrage gestellt hatte, **wurde mit 298 gegen 116 Stimmen beschlossen, die Generaldebatte zu beenden** und zur Besprechung der einzelnen Artikel überzugehen. Bis es aber so weit war, gab es eine sehr interessante Debatte. Sie begann sofort mit einem Zwischenfall. Der Abgeordnete Castagnet, ein Mitglied des rechten Flügels der Mittelpartei, protestierte gegen die „brüske Art", in der die Inflation angekündigt wurde. Er übte die schärfste Kritik an der Person des Finanzministers Loucheur, dessen Eintritt in die Regierung für sehr viele Leute eine sehr schwere Enttäuschung gewesen sei. (Bewegung und Gelächter, Proteste links.) Der Kammerpräsident macht darauf aufmerksam, daß die Interpellation über die Zusammensetzung der Regierung aufgeschoben worden sei und bittet Castagnet, bei der Sache zu bleiben.

Castagnet: „Ich glaube, daß die Tribüne der Kammer der beste Ort ist, um zu sagen, was die öffentliche Meinung über die verantwortlichen Persönlichkeiten denkt. Herr Loucheur ist für die meisten Franzosen der Typ eines Geschäftsmannes, und zwar eines Geschäftsmannes, der Geschäfte besonderer Art macht." (Heftige Proteste.) Der Redner verliest nun einige Zitate aus Zeitungen.

Loucheur: „Ich kann die Bemerkungen des Deputierten Castagnet nicht unbeantwortet lassen. Er hat in seiner Rede so liebenswürdige Anspielungen auf meine Person und meine Geschäfte gemacht, daß die Oeffentlichkeit sich wirklich beunruhigen könnte, wenn sie mich nicht besser kennen würde als Castagnet. Da Sie es vergessen haben, will ich Sie, Herr Castagnet, also daran erinnern, daß ich am 15. Dezember 1916, als der jetzige Ministerpräsident mir zum ersten Male die Ehre erwies, mich zum Eintritt in eine von ihm gebildete Regierung aufzufordern, die Antwort gab: „Ich kann nur dann Minister werden, wenn ich alle meine Geschäfte liquidiere und den Ertrag, den ich während des Krieges erzielt habe, der Staatskasse zur Verfügung stellen dürfte." Die Quittung des Finanzministers aus jener Zeit, des Herrn François Marsal, über den von mir übergebenen Scheck steht zu Ihrer Verfügung, Herr Castagnet. Seit 1916 habe ich dann allmählich alle meine Aktien verkauft. Ich bin also nicht mehr, was man so sagt, ein „Geschäftsmann". Ich bin unabhängiger von Geschäften als manche in diesen Tagen und habe das Recht, solche sinnlosen Anwürfe zu verachten." (Großer Beifall links.)

Castagnet will noch etwas sagen, wird aber durch den Lärm auf der Linken am Sprechen verhindert. Während die Linke mit den Pultdeckeln klappert und „genug" ruft, klatscht die Rechte dem Redner sehr ostentativ Beifall. Nachdem der Sturm aufgehört hat, beginnt Bokanowski eine sachliche Kritik an dem Finanzplan. Bokanowski erkennt das verdienstvolle Werk Briands an, seine Freunde hätten mit der Linken gestimmt, um dem Ministerpräsidenten den Dank für Locarno auszudrücken. Aber es sei nicht möglich, mit der Friedensfahne von Locarno alles übrige zuzudecken. (Beifall rechts.)

Briand: „Ich habe diese Absicht niemals gehabt. Da Sie aber ein Mann sind, der in Finanzangelegenheiten Bescheid weiß, bitte ich Sie, Ihre Kritik zu begründen und außer der Kritik auch praktische Vorschläge zu machen, damit wir weiterkommen." (Beifall.)

Bokanowski: „Das wird etwas lange dauern."

Briand: „Macht nichts, ich habe Zeit!"

Bokanowski geht nun auf die Einzelheiten der Finanzvorlage ein, und macht dabei auf das wichtige Zugeständnis, daß es ohne Inflation nicht möglich sei, aus der schwierigen Lage herauszukommen, aufmerksam. Er schlägt ein Kompromiß vor: die Regierung solle sich jetzt mit einer Erhöhung des Notenumlaufes von 3½ Milliarden begnügen und sehen, ob sie damit nicht auskomme. Mitte Dezember könne dann noch einmal über die andere Hälfte gesprochen werden. Bokanowski erklärt, daß er und seine Freunde gern einem Manne helfen wollten, der als Ministerpräsident das Vertrauen des ganzen Volkes besitze. (Beifall.)

Briand: „Ich danke dem Redner für seine gute Absicht und seine gute Meinung; aber glauben Sie, Herr Bokanowski, daß eine Regierung Vertrauen verdient, die sofort ihre Anschauung ändert, wenn sie kritisiert wird? Nehmen wir einmal an, daß wir unbesonnen genug wären, auf Ihren Vorschlag einzugehen und uns mit einer Abschlagszahlung zu begnügen, um ein paar Tage später mit einer neuen Bitte zu kommen. Könnten Sie einen Ministerpräsidenten, der ein so leichtfertiges Spiel mit dem Parlament treibt, ernst nehmen? Das wäre nach meiner Auffassung staatsmännischer und parlamentarischer Fragen nicht möglich. Ich höre schon die Rufe, die sich dann ergeben würden: Rücktritt! Macht anderen Platz, die besser wissen, was sie wollen! Ich höre die Rufe, und meine Herren, wenn sie ertönten: ich würde mitrufen! Nein, Ich wünsche es schon heute und nicht erst in vierzehn Tagen zu wissen, ob die Regierung Ihr Vertrauen besitzt!" (Großer Beifall, der sich von dem rechten Flügel der Sozialisten bis in die Reihen der Rechten ausdehnt.) Bokanowski setzt nun seine Ideen auseinander. Er spricht sehr ruhig und sachlich, vermeidet jeden persönlichen Angriff und wird auch von der Linken aufmerksam angehört. Die Rechte bereitete ihrem Redner eine Ovation, als er nach zwei Stunden die Tribüne verläßt.

Nach einer Pause antwortet Finanzminister Loucheur, der sein Projekt verteidigt, aber nur den Beifall der Radikalen erhält. Dann spricht der Kommunist Garchery, dessen häßlicher Angriff der Regierung mehr nützt als schadet. Nach der Rede Garcherys erklärte Léon Blum die Haltung der Sozialisten. Sie hätten sich dazu entschlossen, der Regierung die Erlaubnis zum Druck von 6½ Milliarden neuer Banknoten zu verweigern, weil die Inflation nach sozialistischer Auffassung das schlimmste aller Uebel ist. Der Redner ist darauf gefaßt, daß dieser Parteibeschluß bekämpft werden wird, aber er betont, daß keine politische Absicht in dieser prinzipiellen Frage bestimmend gewesen sei. Es handele sich um das Wohl des Landes; da müßten alle anderen Rücksichten schweigen. (Beifall bei einem Teil der Sozialisten und bei den Kommunisten.)

Briand: „Ich kann mich nicht daran erinnern, daß jemals eine Regierung am Tage ihrer Geburt von soviel Gefahren bedroht worden ist. Der Fall ist noch nicht dagewesen, daß ein neues Kabinett mit einem großen Erfolg für den Frieden seine Tätigkeit beginnt und wenige Stunden später um seine Existenz kämpfen muß. Die Kammer hat die Macht; sie muß auch die Verantwortung tragen. Finanzprobleme haben immer die Eigenschaft, daß jeder Kenner des Projekts des anderen Kenners für schlecht hält. Die Debatte darüber ist in normaler Zeit ein geistreiches Gesellschaftsspiel. Aber unter den jetzigen Verhältnissen bringt dieses Spiel die Gesellschaft in Gefahr. Bisher wissen wir nur, daß unsere Finanzen Hilfe brauchen und daß jedes vorgeschlagene Hilfsmittel abgelehnt worden ist. Die Regierung würde ein leichteres Amt haben, wenn sie ihre Anschauung nach dem voraussichtlichen Votum einrichtete. Aber ich habe so großen Respekt vor dem Verstand der Franzosen und so große Liebe zu Frankreich, daß ich hoffe, das Land würde eine Regierung wegjagen, die durch leichtsinnige Arbeit um Stimmzettel wirbt. (Beifall.) Wenn die Kammer nach den Vorschlägen des Herrn Bokanowski handelt, **dann wird die Unruhe noch vermehrt. Es ist leicht, unser Projekt abzulehnen. Aber was dann?** Dann gibt es kein Projekt, kein Geld und keine Regierung. (Beifall.) Herr Bokanowski schlägt einen Handel vor: jetzt die Hälfte und in vierzehn Tagen, wenn es nicht anders geht, die andere Hälfte. Danke bestens! Wenn es schon gestorben sein muß, dann will ich wenigstens nicht halbiert werden. (Lachen und Beifall.) Wir lassen nicht mit dem Vertrauen für uns handeln, Herr Bokanowski! (Beifall.) Wollen Sie uns los sein, dann bitte gleich. (Beifall.) Wir haben unsere Erklärung verlesen, ob sie der Kammer gefällt oder nicht, muß die Kammer sagen, aber die Regierung wünscht ein Votum ohne Vorbehalte und ohne Bedingungen. Ich stelle die Vertrauensfrage.

Nach dieser Rede wird die Beendigung der Generaldebatte mit der vorher mitgeteilten Stimmenzahl beschlossen. Es ist 4 Uhr vorüber, aber Briand ist noch frisch und fühlt sichtlich im Kampfe seine Kräfte steigen. Wenn die Finanzvorlage durchkommt, hat der Ministerpräsident sie durchgefochten, und nicht der Finanzminister.

Um 5 Uhr wurde in der Kammer über das Gegenprojekt Bokanowskis abgestimmt; mit 362 gegen 186 Stimmen wird dieser gefährliche Gegenvorschlag abgelehnt. Eine Stunde später, um 6 Uhr 10 Minuten, wurde der Artikel 1 des Gesetzes (Erhöhung und Beschleunigung der Steuerzahlung) angenommen. Um ½9 Uhr wird der Artikel 2 akzeptiert, wie sich aus der späteren Stimmauszählung ergibt, mit 228 gegen 174 Stimmen. (Der Artikel 2 spezifiziert die Erhöhung der Grundstücks- und Einkommensteuer). In der gleichen Stunde wird auch der Artikel 3 (Rentensteuer) mit 290 gegen 190 Stimmen angenommen, nachdem eine Anzahl Ergänzungsanträge abgelehnt und einige Aenderungen akzeptiert worden sind. Nun aber kommt der wichtigste Teil des Gesetzentwurfes, der Artikel 4, der die Regierung ermächtigt, von der Banque de France einen Ergänzungsvorschuß von 6 Milliarden Francs zu erheben. Wenn dieser Artikel — der Inflationsartikel — angenommen wird, dann ist der Kampf für die Regierung nahezu gewonnen. Die Debatte ist kurz und hart. Briand erinnert noch einmal daran, daß niemand bisher ein Mittel zur Vermeidung der Inflation angegeben hat, die Regierung habe selbst den Wunsch, die Inflation zu beschränken und sie hoffe, demnächst in einem Sanierungsvorschlag den Weg dazu angeben zu können. Vorläufig müsse sie, um die Finanzpolitik zu sichern, auf ihren Vorschlag bestehen. Die Regierung bittet also, den Artikel 4 zu annehmen, wie er in dem Gesetzentwurf steht und stellt dafür die Vertrauensfrage. Die Abstimmung beginnt; sie ist öffentlich und dauert lange. **10 Uhr 10 Minuten ist der Inflationsartikel mit 245 gegen 239 Stimmen angenommen;** dagegen haben geschlossen die Sozialisten und die Rechte gestimmt, aber mit sechs Stimmen Mehrheit hat Briand gesiegt. Der Artikel 5, der die Erhöhung des Notenumlaufes von 51 auf 58½ Milliarden vorsieht, wird durch Handaufheben angenommen. Um **¾12 Uhr wird das ganze Gesetz mit 257 gegen 229 Stimmen angenommen.** Nach einer Beratung, die 13 Stunden gedauert hat, hat also die Kammer den Regierungsvorschlag, der die Inflation und die Erhöhung der Steuern beschließt, akzeptiert. Die Entscheidung liegt jetzt beim Senat, der heute um 2 Uhr mit der Beratung beginnt.

Der Beschluß der Sozialisten, gegen die Finanzvorlage zu stimmen, wurde mit 34 gegen 29 Stimmen gefaßt, also ohne große Mehrheit. Die wichtigsten Führer der Parlamentssozialisten waren dafür, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, um nicht eine neue Regierungskrise herbeizuführen Compère-Morel und Paul Faure aber antworteten, daß für sie nicht die Regierung, sondern die Partei das Wichtigste sei.

Gespräche mit englischen Politikern.

Das Tempo der englischen Politik. — Die Rückwirkungen. — Das Problem der Abrüstung. — Rußland und England. — Das leidige Paßwesen.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

Erich Dombrowski.

London, 3. Dezember.

In diesen Tagen, da sich die Delegierten in London irafen, um den Vertrag von Locarno zu unterzeichnen, hatte ich verschiedentlich Gelegenheit, mit englischen Politikern in Gespräche zu kommen. Ich will versuchen, diese Unterhaltungen in einem Querschnitt wiederzugeben. Als die Staatsmänner, nachdem sie ihre Unterschrift geleistet hatten, den Goldenen Saal des Foreign Office verließen, fragte ich einen englischen Diplomaten: „Und die Rückwirkungen?" Lächelnd nickte er mit dem Kopf. „Die Rückwirkungen werden vermutlich noch lange ein internationales Gesprächsthema abgeben, aber Deutschland sollte dabei zweierlei bedenken: England treibt keine überstürzte Politik. England geht immer nur Schritt für Schritt vorwärts, und erst, wenn der eine Schritt sich gewissermaßen konsolidiert hat, tut es den zweiten und so fort. Dann aber dürfen die deutschen Regierungen nicht vergessen, daß nicht sie allein mit der Stimmung ihrer Wähler zu rechnen haben. Die anderen Kabinette finden sich in durchaus gleicher Lage. Hier sind es diese, dort jene Kreise, deren psychologische Einstellung, wenigstens bis zu einem bestimmten Grade, berücksichtigt werden muß. Kurz, der deutschen Diplomatie eröffnet sich ein weites Arbeitsgebiet nach dem Abschluß des Westpaktes, aber sie muß klug genug sein, einzusehen, daß man auf dem Wege nach oben nicht zwei oder drei Stufen in atemloser Hast überspringen kann, ohne Gefahr zu laufen, auszugleiten, herunterzufallen und sich zu beschädigen. Deutschland kann versichert sein, daß das Wort Chamberlains, das er am Konferenztisch sprach: „Wir haben jetzt einen Freund mehr" nicht eine bloße Phrase gewesen ist."

Mit einem anderen englischen Politiker berührte ich das Abrüstungsproblem. Von ihm, der genau über die Ansichten des Foreign Office unterrichtet ist, hörte ich das folgende: Lord Cecil ist bereits in Genf, und die Kommission des Völkerbundes, der die Bearbeitung dieser Materie übertragen ist, wird schon dem am 7. Dezember zusammentretenden Völkerbundsrat einen Bericht erstatten. Soviel lasse sich bereits jetzt sagen, daß daraufhin ein ständiger Ausschuß gebildet werden wird, der dann nochmals einer weiteren Ratssitzung ein detailliertes Referat über die Möglichkeiten einer allgemeinen Abrüstung und über bestimmte Vorschläge zur Durchführung ihrer Ideen erstatten wird. Das wird im März des kommenden Jahres so weit sein. Wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist, wird man sich über die Einberufung einer praktischen Abrüstungskonferenz klar werden. Allerdings kann man im Augenblick noch nicht sagen, in welcher Form dies vor sich gehen wird, da man zum Beispiel noch nicht weiß, ob nicht etwa Amerika von sich aus die Initiative ergreifen wird. Die Stellung Englands ist rasch präzisiert. Es ist kein phantastischer Pazifismus, der die Regierungen zu Abrüstungen treibt. Darüber muß man sich nüchtern denkend klar werden, daß es in der Hauptsache der finanzielle Druck ist, der den Ruf nach einer generellen Niederlegung der Waffen immer lauter werden läßt. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Englands, Frankreichs und Italiens ist, wenn auch in verschiedenen Variationen, die gleiche. Man braucht eine finanzielle Entlastung, und das ist eben nur durch eine wesentliche Herabminderung der Militärausgaben zu erreichen. Uebrigens lehrt die Geschichte, daß nach jedem großen Kriege eine starke Desarmierung folgte. Zum mindesten zeigt dies die Vergangenheit Englands. Nach dem Utrechter Frieden löste Walpole die Armee fast völlig auf. Nach den napoleonischen Wirren wurde die englische Flotte so sehr dezimiert, daß später, als der Krimkrieg ausbrach, kaum genügend englische Kriegsschiffe zur Verfügung standen. Auch jetzt wird die Abrüstung kommen. Daran ist nicht zu zweifeln. Wenn man schon geschichtliche Parallelen zieht, darf man daran erinnern, daß es ein Engländer Castlereagh war, der auf dem Wiener Kongreß Frankreich, die Kriegsentschädigung erließ und es von den Besatzungslasten befreite. Nicht zuletzt durch seine kluge und entgegenkommende ausgleichende Politik wurde Europa für mehr als fünfzig Jahre der Friede gesichert. Das Bild Lord Castlereaghs wurde in dem goldenen Saal des Foreign Office aufgehängt, um der Abschlußkonferenz als Symbol zu dienen."

„Wie ist das Verhältnis Englands zu Rußland?" fragte ich einen anderen. Darauf wurde mir erklärt: Das konservative Kabinett Baldwin-Chamberlain vertritt den Standpunkt, daß es den Vertrag, den MacDonald mit Rußland abschließen wollte, nicht übernehmen konnte. Dieser Vertrag war bekanntlich auf der Voraussetzung einer Rußland zu gewährenden Anleihe begründet. Trotzdem ist die gegenwärtige englische Regierung bereit, mit Rußland zu einem Einvernehmen und damit auch zu einem Vertrage zu kommen. Die Schuldenfrage bildet dafür keinen prinzipiellen Hinderungsgrund. Das wirkliche Hindernis sieht man auf englischer Seite in der unausgesetzten antienglischen Propaganda Rußlands und in der Ehe, die die russische Regierung mit der dritten Internationale geschlossen hat, und deren unerfreuliche Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse Englands deutlich zu verspüren sind. Der unlängst abgeschlossene Kommunistenprozeß hat den Beweis erbracht, daß die Russen